

Bern, 9. Februar 2014

Medienmitteilung

## **FDP erfreut über die Annahme von FABI und Ablehnung der Abtreibungsfinanzierung** Bahnhofinfrastruktur gestärkt, Fristenlösung bestätigt

---

**FDP. Die Liberalen ist zufrieden mit den heutigen Abstimmungen über die Bahnhofinfrastruktur und die Fristenregelung. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben sich für die FABI-Vorlage ausgesprochen. Damit sind die langfristige Finanzierung und der Ausbau der Bahnhofinfrastruktur gesichert. Nun muss auch für den Strassenverkehr ein entsprechender Nationalstrassenfonds geschaffen werden. Die Abtreibungsfinanzierungsinitiative wurde vom Souverän deutlich verworfen. Der Angriff auf die Fristenregelung mit dem Ziel, die Zahl der Abtreibungen zu senken, wurde damit abgewehrt. Damit hat das Schweizer Stimmvolk Weitsicht bewiesen – aus Liebe zur Schweiz.**

Das Schweizer Volk hat die FABI-Vorlage mit grosser Zustimmung angenommen. Damit wurde ein starkes Zeichen für die Bahnhofinfrastruktur gesetzt. Es muss also sichergestellt werden, dass die Investitionen den Bahnbenutzerinnen und –benutzern tatsächlich den versprochenen Mehrwert bringen. Die im Vorfeld der Abstimmung bekannt gewordenen Probleme bei der SBB (Beschaffungswesen, Unterhalt, Pünktlichkeit) legten Führungsprobleme im Unternehmen offen. Angesichts der enormen Summen, die auf dem Spiel stehen, muss das zuständige Departement für Ordnung sorgen und erneut Vertrauen schaffen.

Dieses Vertrauen ist nötig, weil bereits jetzt für die Zeit nach FABI geplant werden muss: Anfang 2013 hatte die FDP in einem Positionspapier ein Croix-Fédérale der Mobilität gefordert mit dem Viertelstundentakt namentlich in Stosszeiten auf der West-Ost-Achse und der NEAT auf der Nord-Süd-Achse. Diese Kapazitätsausweitungen entsprechen den langfristigen Bedürfnissen unseres Landes. Die Ablehnung entsprechender Vorstösse durch den Bundesrat ist deshalb unverständlich. Entsprechend fordert die FDP in einem weiteren parlamentarischen Vorstoss eine verkehrspolitische Gesamtschau vom Bundesrat.

Eine solche Gesamtsicht umfasst auch eine Strassenfinanzierung. Nach dem Bahnhofinfrastrukturfonds braucht es ein entsprechendes Instrument für die Strasse. Mit der Schaffung eines solchen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsverbands wird auch die langfristige Finanzierung der Strasse sichergestellt. Für die FDP ist zentral, dass Schiene und Strasse sich im Einklang befinden.

### **Keine Gefährdung der bewährten Fristenregelung**

Die Initiative « Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache » ist vom Volk deutlich abgelehnt worden. Die FDP hat sich klar gegen diese unsinnige Initiative stark gemacht: weder spart sie Kosten, noch senkt sie die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche. Bereits heute ist deren Zahl in der Schweiz auf dem tiefsten Niveau in ganz Europa und bei den Jugendlichen sogar sinkend.

Die FDP hat ausserdem stets betont, dass die Initiative lediglich ein Angriff religiös-konservativer Kreise auf die geltende Fristenregelung darstellt. Der deutliche Entscheid zeigt, dass die Fristenregelung samt Finanzierung durch die Krankenkassen weiter breite Unterstützung findet. Die FDP begrüsst, dass das Selbstbestimmungsrecht der Frau und deren Anspruch auf eine qualitativ gute medizinische Leistung gewahrt bleiben.

FDP.Die Liberalen wird sich auch in Zukunft für eine weitsichtige Infrastrukturpolitik und die Bewahrung der Fristenregelung einsetzen- **aus Liebe zur Schweiz**

---

## Kontakt:

### „FABI“

- › Ständerat Georges Theiler, LU, 076 491 74 49
- › Nationalrat Kurt Fluri, SO, 079 415 58 88
- › Nationalrat Olivier François, VD, 079 332 00 01

### „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“

- › Nationalrätin Isabelle Moret, Vize-Präsidentin der Partei, VD, 079 332 08 23
- › Nationalrätin Christa Markwalder, BE, 079 222 52 80
- › Carmen Walker-Späh, Präsidentin FDP Frauen, 079 575 67 66
- › Matthias Leitner, Kampagnenleiter FDP.Die Liberalen, 079 794 32 39
- › Irene Thalmann, stv. Generalsekretärin FDP Frauen, 079 430 84 54